

AKTUELLE CHRONIK

Asien allgemein

Mitte April fand in **Singapore** die vierte Jahrestagung des Board of Governors der Asian Development Bank (ADB) statt. ADB-Präsident Watanabe sprach sich – im gleichen Sinne wie der japanische Finanzminister Takeo Fukuda – für die multilaterale Form der Entwicklungshilfe aus, die sich gegenüber der bilateralen als überlegen erwiesen habe. Grundsätzliche Studien sollten die Basis für eine erfolgversprechende Entwicklungshilfe sein. In diesem Sinne weist der erste Teil der von der ADB in Auftrag gegebenen Studie „Southeast Asia's Economy in the 1970s“ auf die überragende Bedeutung einer Verstärkung der asiatischen Exportkapazitäten hin. Ein besonderes Anliegen der Tagungsteilnehmer war der Wunsch nach einer Erhöhung der „special funds“. Nur im Rahmen dieser Mittel kann die ADB sogenannte „soft loans“ gewähren. Bisher vergab die Bank etwa 130 Millionen US-\$ an „soft loans“ an insgesamt elf asiatische Staaten (vgl. auch den kritischen Aufsatz in: FEER No. 18 vom 1. 5. 71, S. 61).

Auf den **Philippinen** fanden in der zweiten Aprilhälfte zwei wichtige Tagungen statt, die sich ebenfalls mit wirtschaftlichen Fragen der Region beschäftigten. Zunächst traf sich das ständige Komitee für Handel und Industrie der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) zu seiner zweiten Zusammenkunft zum Thema der regionalen wirtschaftlichen Kooperation. Eine Entscheidung über einen Vorschlag zur Handelsliberalisierung wurde aufgeschoben, um vorher weitere Studien durchführen zu können. Ähnlich geschah es mit anderen wichtigen Punkten wie der Gründung einer regionalen Investitionsbank und der Errichtung einer asiatischen Zahlungsunion, da andere Interessenten sich gegenwärtig mit diesen Fragen noch beschäftigen. Als ein wichtiges Ergebnis verdient hervorgehoben zu werden, daß die fünf Mitgliedstaaten der ASEAN sich dahingehend einigten, bei allen internationalen Zusammenkünften, insbesondere wenn Interessen der Region betroffen werden, eine einheitliche Front zu bilden (siehe auch unter Südostasien).

Während der am 30. April abgeschlossenen 27. Sitzung der Economic Commission for Asia and the Far East (ECAFE) wurden eine Asian Clearing Union, ein asiatisches Entwicklungszentrum, ein asiatisches statistisches Institut und Fortschritte beim Asian Highway diskutiert. Man betonte den Wert regionaler Zusammenarbeit für das wirtschaftliche Wachstum der letzten vier Jahre und wies auf Erfolge sowie noch ungelöste Probleme hin. Zu Beginn des Treffens entwickelte sich ein politisches Element durch die Auseinandersetzung der russischen mit der amerikanischen Delegation. Elf Mitgliedstaaten unterstützten die Gründung einer Asian Clearing Union, die es den Ländern Asiens ermöglichen soll, mehr Gebrauch von ihren eigenen Währungen zu machen, und die den Weg für einen gemeinsamen Markt in der Region ebnet soll. Dieser Plan der Clearing Union soll bereits in einem Jahr verwirklicht sein. Desgleichen fand der Gedanke verstärkter Zusammen-

arbeit zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in der ECAFE-Region während der siebziger Jahre Zustimmung.

Während der 16. Jahrestagung des SEATO-Ministerrates am 27. und 28. April in London stand der Vietnamkonflikt im Vordergrund. Man äußerte sich im Schlußkommuniqué übereinstimmend dahingehend, daß die militärische Lage in Indochina für Saigon und seine Verbündeten ermutigend sei. Die Aufmerksamkeit wurde ferner darauf gelenkt, daß Südvietnam, Laos und Kambodscha Wirtschaftshilfe zu gewähren sei.

Bei einem Treffen im März unterstützten die Außenminister der ASEAN-Staaten die Kandidatur des indonesischen Außenministers Adam Malik als nächsten Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Adam Malik wurde auch in anderem Zusammenhang als möglicher Kandidat für die Nachfolge UN-Generalsekretär U Thants erwähnt.

Südasien

König Mahendra von **Nepal** löste im April sein erst ein Jahr altes Kabinett durch königliche Proklamation auf und vergrößerte es bei der Neubildung von fünf auf sieben Mitglieder. Kirthinidhi Bista, der sein Amt als Premier vor einem Jahr aufgegeben hatte, als seine Zeit im National Panchayat abgelaufen war, wurde nach einjähriger Pause wieder Premierminister. Die Minister für Innere Angelegenheiten, Verteidigung sowie Erziehung und Gesundheit kehrten nicht ins Kabinett zurück. Außenminister Gehendra Bahadur Rajbhandary und der Minister für Industrie und Handel behielten ihre Posten. Premier Bista erhielt außer dem Verteidigungsressort die Zuständigkeit für Finanzen, allgemeine Verwaltung und Palastangelegenheiten.

Zwischen **Nepal** und **Indien** wurde eine Überland-Telefonverbindung hergestellt, die die bisherigen Möglichkeiten der Radio-Telefonie mit Calcutta und New Delhi sowie die kürzlich errichtete Telefonverbindung zwischen Biratnagar und Calcutta ergänzt. Die Verbesserung der Telekommunikation zwischen den beiden Nachbarstaaten wird insbesondere dem Handel langfristig zugute kommen. Die noch schwebenden Verhandlungen über einen neuen Vertrag bezüglich der Transitrechte und des Handels zwischen Nepal und Indien haben in dem wichtigen Punkt des Transitrechts nepalesischer Waren von Calcutta nach Ost-Pakistan nach den politischen Unruhen in Ost-Bengalen an Bedeutung verloren, so daß man von nepalesischer Seite nun auf einen baldigen Vertragsabschluß hofft.

Am 17. April wurde nur zwei Kilometer von der indischen Grenze entfernt in einer kleinen Feier die souveräne **Republik Bangla Desh** proklamiert. Der Abgeordnete Yussouf Ali bekräftigte im Namen von 167 Abgeordneten der Nationalversammlung die – Meldungen zufolge – bereits am 26. März von Sheikh Mujibur Rahman selbst vorgenommene Unabhängigkeitserklärung von Bangla Desh. Sheikh Mujib wurde zum Präsidenten, Nazrul Islam zum Vizepräsidenten erklärt. Kabinettsmitglieder sind Tajuddin Ahmed als Premierminister, Kondakar Mustafa Ahmed als Außenminister sowie Mansur Ali und A. H. M. Kamaruzzaman. Diese Zusammensetzung entspricht in etwa der der Parteiführung der Awami League. Es wurde betont, daß es Zweck dieser Proklamation sei zu manifestieren, daß Bangla Desh eine Realität sei. In Presseberichten wurde wiederholt die Rolle des General-Präsidenten Yahya

Khan, die Situation Mujibur Rahmans, des nach mehr Autonomie strebenden Volksführers, und das gefährliche Taktieren Zulfikar Ali Bhuttos, des Führers der Westpakistanischen Mehrheitspartei (Pakistan People's Party) dargestellt. Dazu kam eine Fülle von erschütternden Meldungen über das gewaltsame Vorgehen der westpakistanischen Armee in Ost-Bengalen und die sich zur Wehr setzenden Mukti Fauj (Befreiungstreitkräfte).

Die Sezessionisten waren organisatorisch nicht auf eine kriegerische Auseinandersetzung vorbereitet und damit der planmäßig vorgehenden westpakistanischen Armee von Anfang an unterlegen. Die westpakistanische Armee soll Infanteriewaffen, Artillerie, Panzer und Flugzeuge eingesetzt haben. Obwohl bisher keine Beweise dafür vorliegen, gilt Sheikh Mujib als verhaftet. In einer Stellungnahme der Regierung in Islamabad zu der gegenwärtigen Krise in Ost-Bengalen wird Sheikh Mujib Verrat vorgeworfen, und die ostbengalischen Moslems werden als verführte Opfer der hinduistischen Subversion dargestellt. Damit erhält Indien die Hauptschuld.

Bei einer Pressekonferenz am 24. Mai in Karachi hat Präsident Yahya Khan erstmals öffentlich zur Krise Stellung genommen. Er soll dabei erklärt haben, daß das Ergebnis der Dezemberwahlen seine Gültigkeit behalten solle – trotz des Verbotes der Mehrheitspartei. Die gewählten Abgeordneten der Awami League sollten, sofern sie in gutem Glauben gehandelt und sich keiner „Verbrechen“ schuldig gemacht hätten, ihre Mandate behalten.

In einer langen Botschaft an General Yahya Khan Anfang April ging der sowjetische Ministerpräsident Podgorny darauf ein, daß der Einsatz von Streitkräften gegen die ostpakistanische Bevölkerung und die angebliche Verhaftung von Sheikh Mujib in der UdSSR Beunruhigung ausgelöst hätten, und mahnte, das Blutvergießen zu verhindern und eine politische Lösung des Konflikts anzustreben. Die Pekinger Volkszeitung brachte am 11. April einen Artikel mit dem Titel: „What are the Indian Expansionists trying to do“, dem folgende Stellen entnommen sind: „The relevant measures taken by President Yahya Khan in connection with the present situation in Pakistan are the internal affairs of Pakistan, in which no country should or has the right to interfere“. „The Chinese Government and people will, as always, resolutely support the Pakistan Government and People in their just struggle for safeguarding national independence and state sovereignty and against foreign aggression and interference“ (vgl. Hsinhua News Agency vom 11. 4. 1971, S. 16). Neben Indien wurde den USA und der UdSSR Einmischung in die inneren Angelegenheiten Pakistans vorgeworfen.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage in Pakistan durch den militärischen Einsatz und die in Ost-Bengalen weitgehend zum Erliegen gekommene Wirtschaft weiter verschlechtert. So wurden in der ersten Maiwoche weitere Importbeschränkungen bekanntgegeben, um der ungünstigen Entwicklung der Zahlungsbilanz entgegenzuwirken. Pakistan sieht sich trotzdem nicht mehr in der Lage, seinen Rückzahlungsverpflichtungen an das Ausland nachzukommen. Den Geberländern wurde erklärt, daß man gezwungen sei, vom 1. Mai an ein auf zunächst sechs Monate befristetes Moratorium anzuwenden. Nach den gegenwärtigen Umständen wird einem Bericht der Weltbank zufolge das Land in den kommenden Jahren eine Nettohilfe nur noch von den USA, Kanada und Schweden erwarten können, da die Bruttozusagen anderer Länder mehr und mehr von Rückzahlungsverpflichtungen aufgezehrt

wurden. Die pakistanische Militärregierung hat inzwischen die Unterstützung der UN bei der Abwendung einer drohenden Ernährungskrise im Osten des Landes erbeten. Der zusätzliche Bedarf an Grundnahrungsmitteln für die nächsten 12 Monate wird auf zwei Millionen Tonnen geschätzt. Dazu werden für das Transportsystem mindestens 30 Küstenschiffe sowie Hunderte von Flußkähnen und Lastwagen benötigt.

Am 3. April nahmen in **Indien** beide Häuser des Parlaments eine von Indira Gandhi selbst eingebrachte Resolution einstimmig an, in der die Solidarität mit dem Volke von Ost-Bengalen in seinem „struggle for a democratic way of life“ ausgedrückt wurde (hierzu und zu weiteren Solidaritätsbekundungen vergleiche: The Overseas Hindustan Times vom 10. 4. 1971, S. 1 und 16). Bemerkenswert ist, daß man zwar nicht von Ost-Pakistan, aber auch nicht von Bangla Desh, sondern von Ost-Bengalen sprach. Außerdem sprach die Resolution von einem Kampf für eine demokratische Lebensweise und erwähnte weder Unabhängigkeit noch Freiheit. In der Frage der Anerkennung der neuen Republik wartete Indien vergeblich auf die positive Entscheidung eines anderen Staates, obwohl es selbst hätte den Anfang machen können.

Das pakistanische Außenministerium hatte in der vorletzten Aprilwoche die Schließung des Generalkonsulats in Calcutta bekanntgegeben und die in Dacca stationierten indischen Diplomaten aufgefordert, das Land zu verlassen. In der zweiten Hälfte des Mai waren durch Schwierigkeiten in Calcutta, wo die ostbengalischen Angehörigen des Generalkonsulats in Indien bleiben wollten, die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Der anhaltende Flüchtlingsstrom aus Ost-Bengalen nach Indien, der nach indischen Schätzungen Anfang Juni vier bis fünf Millionen erreicht haben soll, hat für Indien neben großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch ein beachtliches Konfliktpotential mit sich gebracht. In Pressemeldungen wird vermutet, daß westpakistanische Gefolgsleute gleichzeitig infiltrieren. Außerdem geben die Gesundheitszustände in den indischen Lagern Anlaß zur Sorge. Die Cholera und der herannahende Monsun sind die schlimmsten Feinde. Nach einer Mitteilung des indischen Außenministeriums vom 31. Mai soll Außenminister Swaran Singh, begleitet von einigen Kollegen, in die westliche Welt entsandt werden, um darauf hinzuwirken, daß es doch noch zu einer politischen Lösung in Ost-Bengalen kommt und die Flüchtlinge zurückkehren können.

Am 18. März vereidigte Staatspräsident Giri Indira Gandhi und ihr neues Kabinett. Die wichtigsten Ministerposten wie Außenminister (Swaran Singh), Verteidigung (Jagjivan Ram) und Finanzen (Y. B. Chavan) blieben unverändert. Fünf bisher amtierende Minister (Dinesh Singh: Industrielle Entwicklung; K. Raghuramiah: Parlamentsangelegenheiten und Schiffahrt; G. L. Nanda: Eisenbahn; V. K. R. V. Rao: Erziehung; D. Samjivaya: Arbeit) kehrten nicht ins Kabinett zurück. Indira Gandhi wird neben ihrem Amt als Premier die Ressorts für Information und Rundfunk, Innere Angelegenheiten, Planung und Atomenergie wahrnehmen. Am 23. März skizzierte Staatspräsident Giri vor beiden Häusern des Parlaments das Programm der Regierung. Danach soll der laufende Fünfjahresplan umgearbeitet werden mit besonderer Blickrichtung auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Das Haus- und Grundeigentum in den Städten soll begrenzt werden, die Fürstenprivilegien sollen abgeschafft und die Landreformmaßnahmen intensiviert werden. Andere Pro-

grammpunkte richten sich auf eine beschleunigte Industrialisierung und auf höhere Produktivität. Für Anfang Juni ist ein groß angelegtes Arbeitsbeschaffungsprogramm in Landgebieten geplant.

Am 2. April wurde „President's Rule“ in West-Bengalen beendet und die Regierungsgewalt auf ein von Chiefminister Ajoy Mukherji geführtes und von der Kongreßpartei Indira Gandhis dominiertes Koalitionskabinett übertragen. In den ersten Apriltagen wurden auch die neuen Kabinette in Uttar Pradesh und Orissa vereidigt. Während in Uttar Pradesh die Kongreßpartei Indira Gandhis, begünstigt von übergelaufenen Abgeordneten, die Regierung führt, hat in Orissa die Swatantra-Partei die Macht übernommen. Mitte Mai kam Gujarat unter „President's Rule“ nach dem Übertritt einiger Minister und dem folgenden Sturz der vom „alten Kongreß“ geführten Regierung.

In der ersten Hälfte des Monats Mai gab die indische Regierung ihre Entscheidung bekannt, in zwei Etappen alle Versicherungsgesellschaften des Landes zu nationalisieren. Durch Dekret wurde ab sofort die Geschäftsführung der 64 indischen und 42 ausländischen Versicherungsgesellschaften vom indischen Staat übernommen. Die Nationalisierung selbst soll durch Gesetz in der neuen Sitzungsperiode des Parlaments vorgenommen werden. Die Lebensversicherungsbranche war bereits 1956 verstaatlicht worden. Bei der Bankenverstaatlichung 1969 hatte man die ausländischen Banken von der Maßnahme ausgenommen.

Bemerkenswert ist, daß Indien alle seine ausstehenden Zahlungsverpflichtungen beim Weltwährungsfonds mit einer Zahlung von 55 Millionen US-\$ am 29. März begleichen konnte. Damit war Indien erstmals in zwei Jahrzehnten frei von derartigen Verpflichtungen. Die Einfuhr industrieller Rohstoffe und Ersatzteile soll für das Haushaltsjahr 1971/72 wenigstens teilweise liberalisiert werden. Auch die Lizenzvorschriften für Exporteure sollen vereinfacht werden. Die Tatsache, daß nach dem neuesten Zensus die Wachstumsrate der indischen Bevölkerung in der letzten Dekade (24,57%) gegenüber 1951–1961 (21,5%) um drei Prozent trotz Anstrengungen auf dem Gebiete der Familienplanung gestiegen ist, verdient besondere Beachtung.

Nach einem Besuch des Königs von **Bhutan** Anfang April in Delhi hat im Mai der erste Botschafter Bhutans seinen Dienst angetreten, und zwar in New Delhi. Nach dem Vertrag von 1950 zwischen Indien und Bhutan hat letzteres seine Außenpolitik gemäß dem Rate Indiens zu führen. Wenn Bhutan im September in die UN aufgenommen wird, bedeutet dies nach Auffassung des Königs jedoch nicht, daß Bhutan wie Indien stimmen müsse. Eine abweichende politische Haltung Bhutans von Indien sei in diesem Zusammenhang jedoch unwahrscheinlich. Der am 1. April angelaufene dritte Fünfjahresplan, der sich auf Erziehung, Landwirtschaft und Kleinindustrie konzentriert, sieht Ausgaben in Höhe von 355 Millionen Rupien vor. Davon sind 300 Millionen ein Geschenk Indiens, 30 Millionen indisches Darlehen und 25 Millionen Rupien Eigenbeitrag Bhutans.

In der ersten Hälfte des Monats März wurde in **Ceylon** die gefährliche Existenz einer gut organisierten Umsturzbewegung bekannt, deren politischer Arm, die Janatha Vimukthi Peramuna (Volksbefreiungsfront), Premierminister Bandaranaike bei den Wahlen im Mai 1970 noch voller Hoffnung auf entscheidende Reformen unterstützt hatte. Obwohl die neue Regierung die Gefahr eher von „rechts“ als von „links“ erwartet hatte, sah Frau Bandaranaike sich nach den ersten öffentlichen Aktionen

dieser Bewegung gezwungen, am 16. März den Ausnahmezustand und später Sperrstunden und eine Pressezensur zu verhängen. Am 23. März erklärte die Premierministerin im Parlament, daß Untersuchungen gezeigt hätten, daß umfangreiche Pläne für Angriffe auf öffentliche Institutionen und die Möglichkeit von Ausschreitungen gegenüber der Regierung in verschiedenen Teilen des Landes vorlägen. Die Armee wurde gegen die Aufständischen eingesetzt, und es soll zu schweren Kämpfen gekommen sein. Die völlig unvorbereiteten Streitkräfte erhielten Unterstützung u. a. von der UdSSR (fünf Kampfflugzeuge), Großbritannien (sechs amerikanische Hubschrauber sowie kleinere Waffen und Munition aus Singapore) und Indien. Dem gescheiterten Blitzkrieg folgte ein langwieriger Guerilla-Krieg. Als Führer der Befreiungsfront, deren Mitglieder allgemein auch als Ché-Guevaristen bezeichnet werden, gab sich Rohana Wijeweera zu erkennen, der als Ziel einen Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung verfolgt.

Am 1. Mai wurde von der Regierung eine auf vier Tage befristete Amnestie für die Rebellen bekanntgegeben, die sich den Streitkräften stellen. Im Mai gaben die ceylonesischen Behörden bekannt, daß im Zusammenhang mit der Rebellion 11 000 Personen verhaftet worden seien. Die ceylonesische Regierung warf den Nordkoreanern vor, den Aufstand unterstützt zu haben, stellte die Angehörigen der nordkoreanischen Botschaft in Colombo unter Hausarrest und wies sie Mitte April aus dem Lande. Die Volksrepublik China hat sich offiziell von den Aufständischen distanziert.

Als Gründe für den Aufstand werden unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, steigende Preise und die Arbeitslosigkeit unter den Schul- und Universitätsabsolventen genannt, die unter der jungen Generation Enttäuschung und Frustration hervorgerufen habe. Insbesondere die Studenten der neu gegründeten Universitäten von Vidyodava und Vidyalankara in der Umgebung von Colombo, deren Absolventen im Vergleich zur University of Ceylon in Peradeniya wegen schlechterer Ausbildung kaum Aussicht haben, eine Anstellung zu bekommen, sollen zu den Aufständischen zählen, die vergeblich auf entscheidende Reform-Maßnahmen der Regierung warteten.

Der Aufstand der Ché-Guevaristen blieb nicht ohne negativen Einfluß auf die bereits mit großen Schwierigkeiten kämpfende Wirtschaft. So sah sich Industrieminister T. B. Subasinghe gezwungen, dem privaten Sektor der Wirtschaft einen bedeutenden Platz zuzusichern und vielerlei Unterstützungen zu geben, wenn dadurch die Industrie-Exporte des Landes gesteigert würden. Ein Team russischer Experten hat Ölvorkommen entlang des Küstengürtels in Nord-Ceylon bestätigt. Eisenerze sollen in Zentral-Ceylon gefunden worden sein.

Südostasien

Im März hielt die Association of South East Asian Nations (ASEAN) eine Ministerkonferenz in **Manila** ab, die im Vergleich zu den geringen Fortschritten von sehr großen Hoffnungen auf wirtschaftliche Zusammenarbeit getragen war. Die Außenminister unterzeichneten ein Abkommen, nach welchem Charterflugzeuge ohne festen Flugplan frei zwischen den Mitgliederländern verkehren können, um zu laden oder zu entladen. Zu den größeren Projekten, die empfohlen wurden, gehören eine

Werbekampagne für Tourismus und die Verbesserung der Kommunikationsstruktur. Die Organisation soll unabhängig von Ideologien für Länder der Region offen sein, die einen Beitrittsantrag stellen. Zum weiteren Studium wurden den Ministern drei Projekte der privaten Wirtschaft vorgelegt: ein Plan der Ford Motor Company, einen Prototyp für ein Auto herzustellen, an dessen Produktion alle Mitgliedstaaten mitwirken, eine Investmentbank für Mitgliedsländer zu gründen und ein Angebot des South East Asian Business Council (SEABC), die ASEAN-Länder in ihren regionalen Projekten zu unterstützen (vgl. auch unter Asien allgemein).

Am 16. April wurde in London ein neues Verteidigungsabkommen zwischen Großbritannien, Australien, Neuseeland, **Malaysia** und **Singapore** abgeschlossen, das nach Ablauf des bestehenden Vertrages, nach dem Großbritannien verpflichtet ist, nach einem Angriff auf Singapore oder Malaysia mit Truppen und Waffen zu intervenieren, die entstehende Lücke füllen soll. Das vom 1. November an gültige Abkommen ist weit lockerer gehalten als das ablaufende und spricht nur von einer Konsultationspflicht bei einem Angriff auf einen der beiden südostasiatischen Staaten. Handelt es sich um innere Unruhen, die nicht eindeutig von außen unterstützt werden, tritt die Konsultationspflicht nicht ein. Außerdem wird ein gemeinsames Kontingent von See-, Land- und Luftstreitkräften im Vertragsgebiet stationiert sein. Damit hält Großbritannien — wenn auch stark reduziert — seine Präsenz „East of Suez“ aufrecht.

In der zweiten Hälfte des Februar mußte **Birmas** Staatschef, General Ne Win, erneut zu ärztlicher Behandlung nach London geflogen werden. Bei der Rückkehr nach Birma während der ersten Hälfte des April war er wegen erneuter Erkrankung gezwungen, in Delhi umzukehren. Argumente über einen möglichen Nachfolger verstummten schnell wieder, insbesondere weil es in Birma keine Persönlichkeit gibt, die dafür unmittelbar in Frage käme. Die Aktivitäten U Nus sollen sich auf Radiosendungen von der thailändischen Grenze beschränken. Ende April soll die birmanische Regierung die Grenze zwischen Thailand und Birma geschlossen haben, da es zwischen Anhängern U Nus und Regierungstruppen zu Zusammenstößen gekommen sein soll.

In einem Leitfaden zur Wirtschaftsplanung sind Richtlinien für einen birmanischen Zwanzigjahrplan aufgestellt, der 1971/72 beginnen soll. Danach liegen die Prioritäten in der Ausdehnung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten, Fleisch, Fisch und Holz, um den Export zu erhöhen, der Errichtung von auf diesen Produkten aufbauenden Industrien und der Entwicklung der Bodenschätze zur Vorbereitung auf eine Schwerindustrie. Der Privatwirtschaft sollen dabei nur die kleinen Bereiche offenstehen, wo staatliche oder genossenschaftliche Aufsicht als nicht sinnvoll erscheint. Insgesamt sind die Richtlinien jedoch recht vage gehalten. Bei den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes verdient der erfolgreiche Anbau und Export hochwertiger Jute hervorgehoben zu werden.

Zur wichtigsten wirtschaftlichen Frage in **Thailand**, die insbesondere die Masse der Reisbauern des Landes trifft, wurde der Überschuß von etwa 900 000 Tonnen Reis. Nicht zuletzt wegen der „green revolution“ in Ländern, die früher Reis importierten, wird es für Thailand immer schwerer, seinen Reis zu exportieren, zumal die USA ihren Überschußreis nach Süd-Korea, Indonesien und den Philippinen verkaufen wollen und auch Japan Reis zu günstigen Bedingungen ausführt. Der thailändischen Regierung wird der Vorwurf gemacht, diese sich deutlich abzeichnende Entwicklung

in den letzten Jahren nicht beachtet zu haben. In einer vom Premierminister am 12. April einberufenen Sitzung mit 540 Teilnehmern aus verschiedenen Reisanbaugebieten des Landes wurden mehrere Empfehlungen ausgesprochen. Die Regierung reagierte schnell auf eine davon und hob die Reisprämien mit der Ausnahme von zwei Fällen auf alle Arten von Export-Reis auf.

Am 24. April wurde bekanntgegeben, daß eine amerikanische Firma eine unbegrenzte Menge Reis von einer thailändischen Gesellschaft zu einem Preis kaufen wollte, der nicht unter dem gegenwärtigen Marktpreis liege. Die Meldung löste Erstaunen und verschiedene Spekulationen aus. Schließlich stellte sich heraus, daß es sich bei der amerikanischen Firma Armalite um einen Waffenproduzenten handelte, der für die dann zu erwartenden Einnahmen Thailands aus dem Verkauf von Reis Waffen und/oder eine Waffenfabrik liefern wollte. Viele Fragen in diesem Zusammenhang blieben unbeantwortet.

Die Möglichkeit der Errichtung engerer Beziehungen zur Volksrepublik China wurden weiter erörtert. Der Außenminister Thanat Koman berichtete, ein drittes Land habe sich erboten, Kontakte zwischen Bangkok und Peking herzustellen. Die Argumente für Handelskontakte mit Peking beinhalten die Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile, so z. B. daß die Volksrepublik dann keinen Reis an traditionelle thailändische Märkte verkaufen würde. Andere bezweifeln wirtschaftliche Vorteile. Nach einer Meldung soll der nationale Sicherheitsrat Thailands am 17. Mai beschlossen haben, die Propagandatätigkeit gegen die Volksrepublik einzuschränken. Schließlich sei erwähnt, daß der ursprünglich angekündigte Abzug der 12 000 Mann starken Truppen Thailands auf Ersuchen Süd-Vietnams hinausgeschoben worden ist.

In **Malaysia** wurde am 19. Februar der National Operations Council, der das Land seit den Unruhen vom 13. Mai 1969 regiert hatte, aufgelöst. Am 20. Februar wurde die parlamentarische Demokratie wieder eingesetzt. Sultan Abdul Halim Shah, malaiischer Regent des Staates Kedah, wurde als fünfter Yang Di-Pertuan Agong (König) von Malaysia eingeführt. Durch Gerichtsverfahren wurde ersichtlich, daß die Regierung bereit ist, den „Sedition Act“, der die Diskussion von „sensitive issues“ verbietet (z. B. Rechte der Malaien, Bahasa Malaysia als Nationalsprache), konsequent anzuwenden. Insbesondere die Sprachenfrage wurde weiter erörtert, da die Ergebnisse der Prüfung zum Malaysian Certificate of Education deutlich zeigten, daß vielen guten Schülern und renommierten Schulen die Prüfung in Bahasa Malaysia schlechte Noten einbrachte. Die ersten vorläufigen Ergebnisse des in der Nacht vom 24. zum 25. August 1970 durchgeführten Zensus zeigen, daß Malaysia eine Bevölkerungszahl von 10 434 034 erreicht hat.

Im April besuchte Malaysias Premier, Tun Abdul Razak, während einer inoffiziellen Informationsreise Paris, Bonn und London. Am 16. Mai verließ eine malaysische Handelsdelegation Peking, nachdem vorher Gespräche mit dem chinesischen Vize-Außenhandelsminister und dem „China Council for the Promotion of International Trade“ geführt worden waren. Der „China Council“ nahm die Einladung, eine Delegation nach Malaysia zu entsenden, an (vgl. Hsinhua News Agency vom 17. 5. 71, S. 12).

Im Mai ist einige Unruhe in der Öffentlichkeit in **Singapore** über die Schritte entstanden, die Premier Lee Kuan Yew gegen einige Zeitungen des Stadtstaates unternommen hat. Es begann mit Verhaftungen von vier führenden Mitarbeitern der chinesischsprachigen „Nanyang Siang Pao“ am 2. und 3. Mai. Der Zeitung

wurde vorgeworfen, den chinesischen Chauvinismus zu schüren und zur Verschärfung von Rassen-, Sprach- und Kulturstreitigkeiten beigetragen zu haben. Am 11. Mai wurde eine Rede des Premiers veröffentlicht, die er am 8. Mai gehalten hatte und in der er, wie sich am folgenden Tag herausstellte, der englischsprachigen Zeitung „Eastern Sun“ vorwirft, größere Summen Geldes aus kommunistischen Quellen in Hongkong erhalten zu haben. Die Zeitung schließt am 16. Mai, nachdem Mitarbeiter ihre Arbeit eingestellt haben. Auch der „Singapore Herald“ wurde beschuldigt, Geld aus Hongkong erhalten zu haben. Am 17. Mai werden drei ausländische Mitarbeiter des „Herald“ des Landes verwiesen. Am 20. Mai erklärt die Chase Manhattan Bank, bei der der Herald verschuldet war, die Absicht, die Zeitung zu schließen (vgl. FEER vom 22. 5. 71, S. 5 f.). Dieses Vorgehen der Regierung von Singapore ist im Namen der Pressefreiheit stark angegriffen worden. Vieles in dieser Angelegenheit scheint noch im dunkeln zu liegen. Inzwischen soll die dem Herald entzogene Drucklizenz erneuert worden sein.

Das am 8. März vorgelegte neue Budget gilt als eines ohne große Lasten und wurde allgemein begrüßt im Vertrauen auf eine weitere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung. Lediglich der Preisanstieg der letzten Jahre wurde bemängelt. Ende März übergab die Royal Air Force die volle Kontrolle über den Luftwaffenstützpunkt Seletar an Singapore als ein Teil des britischen militärischen Rückzuges aus dem Gebiet. Nach einer Äußerung von Außenminister S. Rajaratnam soll das Handelsbüro in Moskau dem wachsenden Einfluß der UdSSR in Südostasien entsprechend in naher Zukunft in eine Botschaft umgewandelt werden.

In **Indonesien** begann der Auftakt zu den allgemeinen Wahlen, die am 3. Juli stattfinden sollen. In der Diskussion war insbesondere das Verhältnis der politischen Parteien zu den „Funktionellen Gruppen“. Die zur Wahl zugelassenen neun politischen Parteien mit ihren Ideologien haben sich gegenüber den von der öffentlichen Verwaltung teils recht drastisch geförderten „Funktionellen Gruppen“ zur Wehr zu setzen. Die Funktionellen Gruppen bestehen aus einem bisher recht lockeren Zusammenschluß von Gewerkschaften, Genossenschaften, ständischen Berufsvertretern, religiösen Gruppen, Jugendverbänden usw. und haben sich in den letzten Monaten unter einem gemeinsamen Sekretariat erstaunlich gefestigt, zugkräftige Wahlparolen ausgegeben und verfügen über populäre Kandidaten wie den Sultan von Djokjakarta und Außenminister Adam Malik. Als eine Art „Wahlvorbereitung“ wurde den Angehörigen der diplomatischen Missionen untersagt, in der Zeit vom 1. April bis zum 15. Juli Djakarta und seine Umgebung zu verlassen. Man wolle damit rechtzeitig Vorsorge für eine ungestörte und friedliche Durchführung der Wahlen treffen. Dies soll sich angeblich gegen das Verhalten von Sowjetdiplomaten in Mitteljava im März dieses Jahres richten.

Die UdSSR erklärte sich im März bereit, Ersatzteile für Kriegsschiffe und Militärflugzeuge sowjetischer Bauart, die von Indonesien dringend benötigt werden, zu „weichen“ Bedingungen zu liefern. Eine technische Mission aus Moskau soll darüber hinaus die mögliche Aufnahme von seit Jahren ruhenden russischen Entwicklungsprojekten prüfen. Die Asiatische Entwicklungsbank hat Indonesien ein Darlehen von 7,5 Millionen US-\$ zur Rehabilitierung und Entwicklung der Gummi- und Ölpflanzungen in Nord-Sumatra gewährt. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat bei seinem Besuch in Indonesien der Regierung eine Kapitalhilfe in Höhe von 135 Millionen DM für 1971 zugesagt.

In den **Philippinen** gab es im März im Parlament Angriffe gegen den Führer der Minderheitsfraktion und den Parlamentssprecher, u. a. wegen der Verwendung von Geldern; dies führte zur Absetzung der beiden Politiker. Obwohl die Präsidentschaftswahlen erst 1973 stattfinden, wurden bereits einige vorläufige Vorbereitungen getroffen. So gab es eine Verbindung der Laurel-Familie mit der von Fernando Lopez, der, obwohl Vize-Präsident, mit Präsident Marcos gebrochen hat. Eines der Ziele ist die Unterstützung von Senator Salvador Laurel für die Kandidatur 1973. Auch Fernando Lopez erklärte am 4. April seine Verfügbarkeit als Kandidat. Am gleichen Tage folgte Senator Gerardo Roxas, Präsident der Liberalen Partei. Am 18. März hatte Präsident Marcos in einem Interview verneint, daß seine Frau Imelda 1973 kandidieren würde.

Im Mai erklärte der Vorsitzende des Komitees für nationale Integration, die Provinz Cotabao an der Südküste von Mindanao sei völlig ohne effektive Regierung. Extremisten unter den Moslems und Christen liegen in Fehde. Die Moslem-Führer unterstützen die Unabhängigkeitsbewegung für Mindanao. Dieser Konflikt zwischen den beiden religiösen Gruppen kann Manila in Schwierigkeiten in seinem Verhältnis zu den Moslem-Nachbarn in der ASEAN bringen, zumal der Anspruch der Philippinen auf Sabah besteht und dort angeblich eine „Moslemisierung“ seitens der Regierung betrieben wird.

Auf wirtschaftlichem Gebiet erreichten die internationalen Reserven des Landes im März ihren höchsten Stand seit 1965, was ausreicht, die Importe für drei Monate zu finanzieren. Eine Regierungsdelegation war am 22. und 23. April in Paris, um an der Sitzung eines Entwicklungshilfe-Konsortiums der Weltbank teilzunehmen und für Projekte zu werben. Schließlich sei die Entführung eines philippinischen Verkehrsflugzeuges am 30. März nach China erwähnt. Das Flugzeug kehrte am folgenden Tag ohne die Entführer zurück.

Der Einmarsch südvietnamesischer Truppen in **Süd-Laos** vom 8. Februar hatte nach Anfangserfolgen einen vorzeitigen, übereilten Rückzug zur Folge. Wenn überhaupt, so scheinen nur vorübergehende Erfolge erzielt worden zu sein. Die Kampfkraft des Gegners erwies sich erneut (vgl. „Ganz oder halb mißlungen?“ in NZZ vom 28. 3. 71, S. 1). Anfang April verhinderte die laotische Polizei einen geplanten Staatsstreich rechtsgerichteter Kreise. Nach Angaben des Pentagons hat die Volksrepublik China in den vergangenen Monaten weitere 4000 bis 6000 Soldaten in den Norden von Laos geschickt, die angeblich eine Erweiterung des Schutzes der chinesischen Einheiten darstellen sollen, die die Straße von der Provinz Yünnan zum Mekong bauen.

Am 20. April traten der Ministerpräsident **Kambodschas**, Lon Nol, und sein Kabinett zurück. Offizieller Grund war die angegriffene Gesundheit Lon Nols. Er hatte im Februar einen Schlaganfall erlitten, der ihn teilweise lähmte, und war erst Anfang April aus ärztlicher Behandlung von Honolulu zurückgekehrt. Am 6. Mai sprach die Nationalversammlung jedoch einer neuen Regierung unter dem zum Marschall ernannten Lon Nol das Vertrauen aus. Wegen des Gesundheitszustandes wird sein Stellvertreter, Sirik Matak, der eigentliche Regierungschef sein. Während der sechzehntägigen Regierungskrise hatte das Militär Lon Nol unterstützt; es waren Zweifel an der Integrität Sirik Matak entstanden, und der jüngere Bruder Marschall Lon Nols, Oberst Lon Nol, hatte sich als zukünftiger Rivale zu erkennen gegeben. Das Regierungsprogramm Sirik Matak sieht als Hauptaufgabe den Sieg über die

„nordvietnamesischen und Vietkongaggressoren“ an, will die neue republikanische Verfassung vorantreiben und plant, die Inflation durch Preiskontrolle zu stoppen. Schwierige Aufgaben liegen auf wirtschaftlichem Gebiet.

Zum Abzug der US-Truppen aus der **Republik Vietnam** erklärte Präsident Nixon wiederholt, er werde an seinem Vietnamisierungskurs festhalten. Die Zahl von 500 000 Soldaten (1969) soll augenblicklich auf 300 000 Mann reduziert sein, und am Ende des Jahres sollen es noch 184 000 Mann sein. Es solle eine Residualstreitmacht so lange in Süd-Vietnam bleiben, bis alle amerikanischen Kriegsgefangenen in Indochina frei seien und mindestens eine Chance für die Südvietnamesen bestehe, sich der Machtübernahme aus dem Norden zu widersetzen. Damit wurden keine genauen Termine bekanntgegeben.

Zur Vorbereitung der Wahlen zum südvietnamesischen Unterhaus im Spätsommer und auf die Präsidentenwahlen am 31. Oktober ist es zur Gründung einer Reihe von Parteien gekommen. So wurde auch ein Political Party Action Co-ordination Committee ins Leben gerufen, dessen Ziel es ist, verschiedene Parteien und Gruppen zu einer Allianz zusammenzubringen, um einen großen Anteil der Stimmen zu vereinigen. Eine Regierungsdelegation reiste nach Iran, um eine Zusammenarbeit beider Länder bei der Erschließung von Ölvorkommen vorzubereiten, die unter dem südvietnamesischen Festlandschelf liegen sollen.

Ostasien

Im Handel der **Demokratischen Volksrepublik Korea** mit der UdSSR hat in den letzten Jahren die Lieferung russischer Maschinen und Fabrikanlagen stark zugenommen. 83% des Handels wurden mit sozialistischen Ländern abgewickelt, 70% davon mit der UdSSR und osteuropäischen Staaten. Im September letzten Jahres wurde ein Abkommen mit der UdSSR über die Zusammenarbeit in der Entwicklung der nordkoreanischen Maschinenindustrie geschlossen. Auch die Importe an Öl und Ölprodukten stiegen in den letzten Jahren stark an. Beim Export in die UdSSR nahmen kleine Drehbänke und kleine Elektromotoren stark zu. Nach einem Abkommen über Handel und Zahlungsweise zwischen Albanien und Nord-Korea vom 11. März sind erstmals Lastwagen in die übliche Liste von Exportprodukten aufgenommen worden. Trotz des geringen Warenangebots für westliche Märkte besteht an Europa ein gewisses Handelsinteresse.

Am 27. April fanden in der **Republik Korea** Präsidentschaftswahlen statt. Seit den letzten beiden Präsidentschaftswahlen 1963 und 1967, die Präsident Park Chung-hee gewann, hatte Park in einem als zweifelhaft empfundenen Referendum 1967 erreicht, daß der Präsident insgesamt 12 Jahre im Amt bleiben kann. Der einzige ernst zu nehmende Gegner war der Kandidat der Neuen Demokratischen Partei, Kim Dae-jung. Die Gewinne der Park-Gruppe an der Konjunktur und der Vorwurf der Unterdrückung bürgerlicher Rechte waren seine Hauptargumente. Die sehr ruhig verlaufene Wahl brachte als offizielles Ergebnis eine Wahlbeteiligung von 79,9%. Park wurde mit 6 342 828 Stimmen wiedergewählt, Kim erhielt 5 395 900 Stimmen. Kims Neue Demokratische Partei warf der Partei Parks nach der Wahl Unregelmäßigkeiten im Wahlkampf und Manipulation bei der Auszählung der Stimmen vor.

Bei den Parlamentswahlen vom 25. Mai hat die Republikanische Demokratische Partei nach den ersten Resultaten Verluste erlitten. Die Neue Demokratische Partei hat Gewinne erzielt. Trotzdem blieb die Republikanische Demokratische Partei Wahlsieger. Der nordkoreanische Vorschlag zur Aufnahme eines direkten Dialogs, der in die Zeit der Präsidentschaftswahl fiel, wurde kategorisch abgelehnt. Die nordkoreanischen Forderungen nach Abzug aller amerikanischen Truppen und der Aufhebung des amerikanisch-südkoreanischen Verteidigungsvertrages seien unerfüllbar.

Die **Volksrepublik China** hat im Berichtszeitraum ihre internationale Position weiter ausgebaut. Die Volksrepublik wurde von Kuwait (29. 3.), der Volksrepublik Kamerun (2. 4.) und von Österreich (26. 5.) diplomatisch anerkannt, woraufhin Taiwan seine Beziehungen zu Kuwait und Kamerun umgehend abbrach. (Zu Österreich bestanden keine diplomatischen Beziehungen.) Von Interesse ist dabei neuerdings der Verzicht auf eine besondere Taiwan-Klausel. Im chinesisch-österreichischen Kommuniqué wird die Regierung der Volksrepublik China lediglich als „die einzig rechtmäßige Regierung Chinas“ bezeichnet. Weitere Staaten, die sich um Beziehungen, Kontakte oder Gespräche mit der Volksrepublik zu bemühen scheinen, sind Belgien, Luxemburg, Griechenland, die Türkei, der Libanon, der Iran, Peru und Australien.

Spektakulärstes Ereignis war jedoch die Einladung einer amerikanischen Tischtennismannschaft zu einer Tournee durch die VR China Anfang April und zu einem Empfang durch Ministerpräsident Chou En-lai. Dabei war weniger die Einladung selbst bemerkenswert, sondern vielmehr deren Annahme, die als erster Beweis dafür betrachtet werden kann, daß die USA bereit sind, ihren bereits seit längerem zu beobachtenden Gesten gegenüber der VR China Taten folgen zu lassen. Die wichtigsten Entscheidungen der amerikanischen Regierung bestanden in einer bemerkenswerten Lockerung des China-Embargos, der Aufhebung der Dollarrestriktionen und der Bereitschaft, Reisenden aus und nach der Volksrepublik China die nötigen Visen zu erteilen.

Parallel zu diesen Lockerungen in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen verlaufen die Überlegungen, wie man der Volksrepublik den Weg in die UNO öffnen könne, ohne Taiwan zu vertreiben. Eine von Henry Cabot Lodge eingesetzte Kommission hat in diesem Zusammenhang für die (wohl unrealistische) Zwei-China-Politik plädiert und die Aufnahme aller geteilten Nationen in die UNO empfohlen.

Es versteht sich von selbst, daß die neue Entwicklung von Taiwan mit größtem Unbehagen beobachtet wird. Aber auch seitens der Volksrepublik haben die amerikanischen Gesten, mit Ausnahme des freundlichen Empfangs für die Tischtennismannschaft, kaum Widerhall gefunden. Im Gegenteil geht der Propagandafeldzug gegen die „Aggressions- und Kriegspolitik der Nixon-Regierung“ unvermindert weiter. Aber auch die Sowjetunion wird aus Anlaß des hundertsten Jahrestages der Pariser Commune und am Vorabend des XXIV. Kongresses der KPdSU mit erneuten Angriffen bedacht.

Wieweit im Verhältnis zwischen Peking, Moskau und Washington die engen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Rumänien einen Störfaktor darstellen oder ausgleichende Funktion besitzen, ist schwer zu erkennen. Nachdem im Februar in Bukarest ein langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen abgeschlossen worden war, das der Stärkung der beiderseitigen Wirtschaftskontakte dient, besuchten im März eine rumänische Regierungsdelegation und Anfang Juni

der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu die Volksrepublik China. Mitte Juni reiste eine jugoslawische Regierungsdelegation in die Volksrepublik China. Irritiert hat die Volksrepublik China im April ihre Anhänger durch eine Botschaft Chou En-lais an den pakistanischen Staatspräsidenten Yahya Khan, die von weiten Kreisen als ein Verrat an der Sache der ostpakistanischen Bevölkerung angesehen wurde. Wenn man diese Botschaft auch in erster Linie als gegen Indien gerichtet ansehen sollte, so zeigt sie doch, daß auch die Volksrepublik China wohl zwischen nationalen Interessen und der bedingungslosen Unterstützung revolutionärer Bewegungen in aller Welt zu unterscheiden weiß.

Aufmerksamkeit verdient eine positive Äußerung Chou En-lais zum EWG-Beitritt Großbritanniens, die auf ein Interesse Pekings an einer dritten Kraft in Europa gegenüber den USA und der Sowjetunion schließen lassen könnte. Die Äußerung erfolgte einer italienischen Wirtschaftsdelegation gegenüber, mit der der Abschluß eines Handelsvertrages und eines Zahlungsabkommens mit dreijähriger Laufzeit vereinbart wurde.

Im Verhältnis zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland sind trotz interessierter Stellungnahmen vor allem aus Kreisen der CDU/CSU vorerst keine Veränderungen eingetreten. Es bleibt abzuwarten, ob der im Augenblick erkennbare rückläufige Trend im gegenseitigen Handel anhält und eventuell auf die Intensivierung der Beziehungen der Volksrepublik China zu anderen Industriestaaten zurückgeführt werden kann.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen wird von der 29. Cantoner (Frühjahrs-)Messe eine weitgehende Entpolitisierung berichtet. 16 000 Kaufleute aus 90 Ländern, unter denen wieder Japan am stärksten und auch Malaysia und die Philippinen vertreten waren, haben die Messe besucht, die von jeher vor allem ein Schaufenster für die Leistungsfähigkeit der chinesischen Industrie, weniger jedoch für die Exportfähigkeit des Landes darstellt. Die westlichen Handels- und Industrievertreter konnten in erster Linie chemische Erzeugnisse und Kunststoffe sowie Transportmittel absetzen. Im chinesischen Angebot dominierten Waren der Konsumgüterindustrie und traditionelle Exporterzeugnisse.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, für die die Cantoner Messe schon immer ein Indiz gewesen ist, hat erstmalig seit dem „Großen Sprung“ Ministerpräsident Chou En-lai in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Edgar Snow einige Zahlen für 1970 genannt, die auf der Linie des von ökonomischen China-Beobachtern vermuteten Trends liegen:

Nahrungsfrüchte	240 Millionen Tonnen
Kunstdünger	14 Millionen Tonnen
Erdöl	20 Millionen Tonnen
Stahl	18 Millionen Tonnen
Baumwolltuch	8,5 Milliarden Meter

In der Wirtschaftspolitik gibt es Anzeichen für einen neuen „Großen Sprung“; doch scheinen die Kader angewiesen worden zu sein, den ökonomischen Erfordernissen hinreichend Beachtung zu schenken.

Auf dem Gebiet der Innenpolitik sei vermerkt, daß sich mit der Gründung des Parteikomitees der Innermongolischen Autonomen Region im Mai 1971 die Kommunistische Partei Chinas wieder in 22 der 29 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene etabliert hat. Die für Mai vorausgesagte Sitzung des Nationalen Volkskongresses

hat allerdings bisher nicht stattgefunden. Man vermutet, daß diese nun möglicherweise am 1. Juli, dem 50. Jahrestag der Parteigründung, oder am 1. August, dem Gründungstag der Volksbefreiungsarmee, abgehalten wird.

Auf **Taiwan** befürchtet man, daß die außenpolitische Entwicklung, die in den letzten Monaten zu einer diplomatischen Anerkennung der Volksrepublik China durch immer mehr Staaten geführt hat, nachhaltige Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes haben könnte. Im vergangenen Jahr war das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung beachtlich. Das Gesamtvolumen des Außenhandels stieg gegenüber 1969 um 32,5⁰/. 78,1⁰/% des Exports waren 1970 bereits industrielle Produkte, hauptsächlich Textilien, elektronische Erzeugnisse, Holzwaren und Zement. Von den exportierten landwirtschaftlichen Produkten waren 65⁰/% schon verarbeitet. Auf der Importseite standen hauptsächlich Rohstoffe und Ausrüstungsgüter für die Industrie. Wichtigste Handelspartner waren die USA, Japan und Hongkong. Die Regierung beabsichtigt, in Kaohsiung ein Stahlwerk mit zwei Millionen Tonnen Jahreskapazität zu bauen. Auch Schiffbau und Maschinenindustrie (z. B. Produktion eines Acht-Tonnen-Lastwagens) sollen ausgebaut werden. In der Landwirtschaft sieht es weniger günstig aus. Insbesondere soll der durch Erbfolge bedingten Verkleinerung der Flächen mit einer Zusammenlegung von Betrieben auf freiwilliger Basis entgegengewirkt werden. Im Bereich der Infrastruktur sollen eine 182 Kilometer lange Nord-Süd-Autostraße und zwei Seehäfen gebaut werden. Weiter ist an den Ausbau des Eisenbahn- und Fernmeldewesens gedacht. Die taiwanesisische Regierung gab zu erkennen, daß sie ihren Anspruch auf die Senkaku-Inseln im Südchinesischen Meer, in deren Nähe größere Ölvorkommen vermutet werden, nicht aufgeben werde.

Ende März wurde in **Hongkong** durch Bombenfunde einige Unruhe ausgelöst. Die Aufschriften erinnerten an die Unruhen im Zusammenhang mit der Kulturrevolution 1967. Die Aktion schien sich gegen die Verdoppelung der Wasserpreise und die Weigerung der Behörden zu richten, Chinesisch zur offiziellen Sprache der Kronkolonie zu erklären.

Am 11. April fand in **Japan** der erste Teil der Lokalwahlen statt. Die von der Liberaldemokratischen Partei unterstützten Kandidaten gewannen in 16 der 18 Wahlpräfekturen. In Tokyo siegte der bisherige Gouverneur Minobe, der von der progressiven Front der Sozialisten und Kommunisten unterstützt wurde, gegen einen konservativen Kandidaten mit nahezu 1,7 Millionen Stimmen Vorsprung. Dieses Ergebnis wurde als eine direkte Absage an Regierungschef Sato gedeutet. Eine ähnliche Enttäuschung gab es für die Regierungspartei in Osaka.

Nach der Rückkehr einer Delegation der japanischen kommunistischen Partei von Verhandlungen in Moskau im März scheint sich das Verhältnis der beiden Parteien auf dem Wege zur Normalisierung zu befinden. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei stellte den bisher letzten Tiefpunkt der Beziehungen dar. In seinem Zwischenbericht über die Gespräche Außenminister Aichis mit den USA über die Rückgabe Okinawas an Japan betonte der Außenminister, daß Japan drei Grundprinzipien niemals aufgeben werde: Wiedervereinigung mit Japan 1972, Entfernung aller nuklearen Waffen und Einbeziehung der Inseln in den amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag. Das Rückgabeabkommen soll am 17. Juni unterzeichnet werden.

Der vierte Fünfjahresplan für die Verteidigung Japans, der 1972 beginnen wird, sieht Ausgaben von insgesamt 16 700 Millionen US-\$ vor. Er geht damit weit über das

hinaus, was in der Verfassung über die Beschränkung der Aufrüstung gesagt ist. Das Programm kostet damit über zweimal soviel wie das gegenwärtige. Nach der Reise des früheren Außenministers Fujiyama im Februar nach Peking ist die Diskussion um engere Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht verstummt. Stimmen aus Politik und Wirtschaft fordern weiter eine Änderung der bisherigen Politik von Premier Sato. Sato korrigierte inzwischen seinen früher dargelegten Standpunkt, daß eine Verbesserung der chinesisch-japanischen Beziehungen nicht möglich sei, solange er im Amt wäre.

Der Beirat für Auslandsinvestitionen des Finanzministeriums hat Ende März den Termin für die vierte und letzte Runde der Liberalisierung der Kapitaleinfuhren auf den August dieses Jahres festgelegt. Am 30. März beschloß das japanische Kabinett, daß ausländische Automobilhersteller in Japan investieren können, und zwar bis zu einer Beteiligung von 50%. Besonders amerikanische Automobilhersteller sind an dieser Entscheidung sehr interessiert. Nach einer Mitteilung des japanischen Ministeriums für Außenhandel und Industrie gewährte Japan 1970 44,4% mehr Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer als im Vorjahr.

Australien und Ozeanien

In **Australien** wurde die Bildung der neuen Regierung unter Premierminister McMahon im März im wesentlichen abgeschlossen. Die wichtigsten Aufgaben des neuen Kabinetts sind die Vorbereitung der im November nächsten Jahres fälligen Bundeswahlen, die Vermeidung eines Zerwürfnisses mit dem Koalitionspartner, der Country-Partei, der Abbau des von Ex-Premier Gorton befürworteten Präsidialsystems und die Rückführung der Regierungsverantwortlichkeit auf die Kabinettsbeschlüsse. Die Ernennung des früheren Schatzkanzlers Leslie Bury zum Außenminister hat zu der Spekulation Anlaß gegeben, McMahon wolle sein eigener Außenminister sein, da Bury schon im Schatzamt ein Werkzeug seines damaligen Premiers gewesen sein soll. Die drei neuen Kabinettsmitglieder entstammen dem rechten Flügel der Partei.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bereitet die Lage der australischen Wollfarmer Sorge, die zu einem großen Teil tief verschuldet sind. Japan hat ein wachsendes Interesse an Investitionen in den Bereichen Eisenerz, Bauxit, Kohle und verarbeitende Industrie. Die australischen Befürchtungen, die USA könnten weniger Fleisch importieren, werden teilweise durch die steigende Nachfrage Japans auf diesem Sektor kompensiert. Eines der Anliegen der japanischen Wirtschaftsmission unter Kiichi Miyazawa, dem Minister für Außenhandel und Industrie, bei ihrem Besuch in Australien im Mai war es, Beschränkungen abzubauen, die hinsichtlich der Arbeitserlaubnis japanischer Fachleute in Australien bestehen. Viele japanische Firmen ziehen es vor, mit eigenen Ingenieuren und Technikern zu arbeiten.

Die Hoffnungen auf einen größeren Auftrag für Weizenlieferungen an die Volksrepublik China schwinden. Die chinesische Weizenernte soll besonders gut ausgefallen sein. Die bisherige Hartnäckigkeit der Regierung bezüglich der Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China scheint durch die Erklärung McMahons im Mai, Australien werde die ersten Schritte unternehmen, um einen Dialog mit der Volksrepublik zu beginnen, die Andeutung einer Wende erfahren zu haben.

Für **Neuseeland**, dessen Landwirtschaft mit 80% an den Exporten beteiligt ist, bereiten die EWG-Beitrittsverhandlungen Großbritanniens ernste Sorgen. Aufgrund eines 1932 geschlossenen Vertrages mit England, der mehrmals verlängert und erweitert wurde, besteht für die meisten neuseeländischen Ausfuhrerzeugnisse bei der Einfuhr nach Großbritannien volle Zollfreiheit. Dieses Abkommen, das gut ein Drittel der neuseeländischen Exporte betrifft, läuft im September 1972 ab. Obwohl Hoffnungen bestehen, daß Neuseeland sogar ein Sonderabkommen mit Präferenzen von einer erweiterten EWG erhalten kann, ist Unsicherheit entstanden. Die Schaffung neuer Märkte in Japan, Australien und den USA geht zwar voran, muß aber mit dem Agrarprotektionismus dieser Länder rechnen. Einer Umstellung der Wirtschaft auf Bergbau, Industrie und Handel sind recht enge Grenzen gesetzt.